

## bsw-wetter

Frischen Wind will das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ ins deutsche Polit-Establishment bringen. Im Europawahlkampf setzt es jedoch ganz auf das bekannte Gesicht ihrer Galionsfigur. Am Montag stellte das BSW in Berlin seine Kampagne vor. Die Plakate der beiden Spitzenkandidaten fallen etwas kleiner aus. Einer von ihnen war schon mal im EU-Parlament: Fabio De Masi. Ob der Wind den Ex-Linken wieder nach Brüssel trägt? Das Wetter dort bleibt mit 5 bis 10 Grad kalt und nass und bisher auch nur mäßig windig.

## Polizei fährt groß auf in Leipzig

Die Polizei durchsucht in Leipzig mehrere Linke. Zuvor gab es einen Angriff auf einen Rechten

Von Konrad Litschko

Die Polizei rückte am frühen Mittwochmorgen mal wieder groß in Leipzig aus. In mehreren Stadtteilen durchsuchte sie Personen, die dem linken Spektrum zugerechnet werden. Hintergrund ist nach taz-Informationen ein Angriff auf einen Rechtsextremen am 6. November vergangenen Jahres im Leipziger Hauptbahnhof. Dieser war von Vermutungen angegriffen worden, nachdem er von einem Pegida-Aufzug in Dresden zurückkehrte.

Die Razzien wurden von der „Soko Linx“ des Landeskriminalamts initiiert. Diese prüft offenbar, ob es Nachfolgegruppen der Gruppe um die Leipzigerin Lina E. gibt. Die Studentin wurde im Mai 2023 vor dem Oberlandesgericht Dresden mit drei Mitbeschuldigten zu mehr-

### taz blogs

Wie tickt die taz? Das Blog aus und über die taz mit Innensichten, Kontroversen und aktuellen Entwicklungen. Die taz ist kein abgeriegeltes Komplex – die taz gehört ihren Leserinnen und Lesern, sie versteht sich als Zeitung, die Debatten führt und auch den eigenen Standpunkt reflektiert. [taz.de/blogs/hausblog](https://taz.de/blogs/hausblog)

jährigen Haftstrafen verurteilt. Die Gruppe soll zuvor mehrere Angriffe auf Rechtsextreme in Sachsen und Thüringen verübt haben. Die Bundesanwaltschaft will demnächst weitere Linke anklagen, die der Gruppe zugerechnet werden. Die jetzt Durchsuchten sollen nach taz-Informationen nicht dazugehören.

Sie sollen jedoch gemeinsam den Angriff im November 2023 im Leipziger Hauptbahnhof verübt haben. Zwei Frauen hätten den Rechtsextremen zuvor in einem Zug ausgespät, so der Vorwurf. Die Beschuldigten weisen angeblich die Vorwürfe zurück: Eine Ausspannung habe es nicht gegeben. Vielmehr habe es ein zufälliges Aufeinandertreffen am Hauptbahnhof und nur ein Handgemenge gegeben.

Wie der Leipziger Grünenpolitiker Jürgen Kasek der taz bestätigte, wurde auch ein Raum in der Kanzlei durchsucht, in der er früher als Anwalt tätig war. Ein Beschuldiger soll diesen zuvor mitgenutzt haben. Kasek kritisierte den Polizeieinsatz als überzogen und „maximal invasiv“. „Das steht in keinerlei Relation zu dem Vorfall, der damals passierte sein.“

Aktuell sucht die „Soko Linx“ auch weitere neun Autonome, die Rechtsextreme beim „Tag der Ehre“ im Februar 2023 in Budapest angegriffen haben sollen und abgetaucht sind. Auch darunter sind Leipziger, etwa Johann G., der frühere Lebensgefährte von Lina E. Bisher keinen Bezug der Gruppe gibt es dagegen zu einem Messerangriff von Linken auf einen Rechts-Extremen vor wenigen Tagen in Berlin. Der 23-jährige Leander S. von der Neonazi-Kleinpartei „III. Weg“ wurde verletzt, zwei der Angreifer erlitten ebenfalls Stichverletzungen, ein dritter konnte laut Polizei fliehen. Die gefassten Linke sollen, anders als medial berichtet, nach taz-Informationen nicht aus Leipzig stammen. Der „III. Weg“ sprach von einem „Überfall aus dem Hinterhalt“ und drohte: „Die Reaktionen darauf werden die entsprechenden sein.“



# Comeback des Heldengedenkens

Die Ampelparteien haben sich mit der Union auf einen nationalen „Veteranentag“ geeinigt. Am Donnerstag berät der Bundestag ihren gemeinsamen Antrag. Kritik kommt von links

Aus Berlin **Pascal Beucker**

Auf dem Weg zu der von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) ausgerufenen deutschen „Kriegstüchtigkeit“ will der Bundestag an diesem Donnerstag den nächsten Schritt gehen. Auf der Tagesordnung des Parlaments steht die Einführung eines nationalen „Veteranentages“. Ein solcher Tag sei „überfällig“, sagte der SPD-Verteidigungspolitiker Johannes Arlt bei der Vorstellung der gemeinsamen Initiative der Ampelparteien mit der Union. „Wir haben sehr lange dafür gekämpft.“

Mit dem neuen „Veteranentag“ solle „das Verständnis und Bewusstsein in der Gesellschaft für die Leistungen, Entbehrungen und Opfer, die mit dem Militärdienst verbunden sind“, gefördert werden, heißt es in dem Antrag, den Arlt am Mittwochmorgen gemeinsam mit seinen

Kolleg:innen aus dem Verteidigungsausschuss Kerstin Vieregge (CDU/CSU), Merle Spellerberg (Grüne) und Christian Sauter (FDP) in Berlin präsentierte. Es gehe darum, „den Dienst, den Einsatz und die Leistungen der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die im Einsatz stehen und standen, angemessen zu würdigen“.

Als Datum haben sich SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU den 15. Juni ausgesucht. An diesem Tag, beziehungsweise dem Wochenende davor oder danach, soll von nun an jährlich eine zentrale Veranstaltung mit „Volksfestcharakter“ in der Nähe des Berliner Reichstags stattfinden. „Wir wollen die Menschen mit ihren Geschichten an diesem Tag in den Mittelpunkt stellen“, sagte die Grüne Spellerberg.

Die Definition, wer sich als Veteran oder Veteranin betrachten kann, ist eine recht umfas-

sende. „Unser Veteranenbegriff umfasst alle Soldaten, die Dienst leisten oder Dienst geleistet haben und mindestens sechs Monate Dienst in der Bundeswehr getan haben“, sagte der frühere Berufssoldat Arlt. Angehörige der Wehrmacht oder der NVA sind allerdings nur inbegriffen, wenn sie ihre militärische Karriere anschließend in der Bundeswehr fortgesetzt haben.

Egal ist hingegen, ob sich die Betroffenen freiwillig zur Armee gemeldet haben oder zu Zeiten der inzwischen ausgesetzten Wehrpflicht zwangseingezogen wurden. Das ergibt dann etwa 10 Millionen Veteran:innen in Deutschland. Damit folgt der Bundestagsantrag einem Tagesbefehl der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) von 2018, der auch die Grundlage ist für das ein Jahr später erstmalig verliehene „Veteranenabzeichen“.

Anders als bei SPD und Grünen stößt der „Veteranentag“ bei der Linkspartei weiterhin auf keine Begeisterung. „Diese Form der Heldengedenktage, wie sie vom NS-Regime genannt wurden, treiben eine Militarisierung der Gesellschaft voran“, sagte Bundesgeschäftsführerin Katina Schubert der taz. „Statt

„Militarismus und Krieg sind wieder Grundlage deutscher Politik“

Willi van Ooyen, Deutsche Friedensgesellschaft

solche Gedenktage zu feiern, sollte man lieber planbare und verlässliche finanzielle Mittel bereitstellen, um Soldaten eine angemessene medizinische Versorgung zu bieten“, forderte sie.

Wenig begeistert zeigt sich auch die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). „Eine Überhöhung des Soldatentums hatten wir in Deutschland schon häufiger und die Folgen waren immer übel“, sagte deren politischer Geschäftsführer Michael Schulze von Glaeser der taz. Er kündigte an, dass die DFG-VK den „Veteranentag“ zu einem „Protesttag gegen Militarismus“ machen werde.

Nicht minder deutlich äußerte sich Willi van Ooyen, der Vorsitzende der Frankfurter Friedens- und Zukunftswerkstatt. „Für mich ist die Einführung des ‚Veteranentages‘ eine Bestätigung dafür, dass Militarismus und Krieg wieder Grundlage deutscher Politik geworden sind“, sagte der langjährige Ostermarschorganisator der taz. Es gehe darum, „dass der Zusammenhang von ‚Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg‘ aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt“ wird.



## Immer mehr Gewalt an Schulen

Im „Schulbarometer“ berichtet fast jede zweite Lehrkraft von Gewalt – die Länder sehen sich gut aufgestellt

Von Ralf Pauli

An Schulen in Deutschland ist Gewalt unter Schüler:innen weit verbreitet. Das ist ein zentraler Befund des „Deutschen Schulbarometers“, das die Robert Bosch Stiftung am Mittwoch veröffentlicht hat. Demnach beobachtet bundesweit fast jede zweite Lehrkraft psychische oder physische Gewalt an ihrer Schule. An Brennpunkt- sowie Förder- und Sonderschulen erkennen sogar mehr als zwei Drittel der Befragten ein Gewaltproblem.

Dazu passt, dass Lehrkräfte die größten Herausforderungen für ihren Unterricht im Verhalten der Schüler:innen (35 Prozent) und im Umgang mit heterogenen Klassen (33 Prozent) sehen – noch vor der eigenen Arbeitsbelastung (28 Prozent) oder dem hohen Personalmangel (26 Prozent). Haupt-, Real-, Gesamtsowie Berufsschulen sind hier besonders betroffen.

Dagmar Wolf, die bei der Bosch-Stiftung den Bereich Bildung leitet, spricht von „drastischen Zahlen, die miteinander zusammenhängen und sich gegenseitig bedingen“. Besonders besorgniserregend ist aus ihrer Sicht, dass bereits an Grundschu-

len fast die Hälfte der Lehrkräfte von Gewaltvorfällen berichtet. „Bei diesem Thema haben wir auch als Gesellschaft ein Problem“, so Wolf.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre deutet darauf hin, dass sich die negativen Trends in Zukunft noch weiter verschärfen dürften. Als Beispiel nennt Wolf die Heterogenität in den Klassen. So hätten das im Schulbarometer 2023 noch 35 Prozent der Grundschullehrer:innen als Problem wahrgenommen – in der aktuellen Erhebung sind es 45 Prozent. Drei Viertel der Lehrkräfte sehen darin sogar ein großes Hindernis für inklusiven Unterricht.

Besorgniserregend ist aus Sicht der Autor:innen auch die psychische Gesundheit der Lehrkräfte. So gab über ein Drittel der Befragten an, mehrmals in der Woche emotional erschöpft zu sein. „Die emotionale Erschöpfung ist ein zentrales Symptom von Burnout“, sagt die Kieler Bildungsforscherin und Co-Autorin Uta Klusmann. Das sei nicht nur eine wichtige Beobachtung für den Personalmangel – laut Schulbarometer denkt jede vierte Lehrkraft über einen Berufswechsel nach. Das Wohlbefinden der Lehrkraft wirke sich auch auf die Unterrichtsquali-

tät und die Stimmung im Kollegium aus. Deshalb müsse man die hohen Zahlen ernst nehmen – und überlegen, wie man Lehrkräfte entlasten könne. Insgesamt sprechen die Autor:innen von den „dramatischen Auswirkungen der Bildungskrise in den Schulen“.

Entsprechend deutlich fallen die Reaktionen aus: Der Deutsche Lehrverband fordert mehr Personal, attraktivere Arbeitsbedingungen für alle Schulbeteiligten sowie „mehr Zeit für das Wesentliche“. Auch die Bildungsgewerkschaft GEW und die Linkspartei mahnen dringend Investitionen in mehr Personal an. Die Ampel-Politikerinnen Ria Schröder (FDP) und Franziska Krumwiede-Steiner (Grüne) verwiesen am Mittwoch auf das „Startchancen-Programm“, über das Schulen im sozialen Brennpunkt ab kommenden Schuljahr zusätzliche Gelder erhalten sollen.

Die Bundesländer sehen sich aber auch jetzt schon gut gerüstet, wie eine taz-Umfrage unter den Ländern zeigt. Mehrere Länder haben wie das Saarland die Stellen für Schulsozialarbeit ausgebaut. In Niedersachsen können sich Fachkräfte an Schulen zu „mentalen Ersthelferinnen und

Ersthelfern“ ausbilden lassen. Auch Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Sachsen verweisen auf spezifische Programme für die psychische Gesundheit an Schulen. Etwa das „Mindful Teachers Program“, das aktuell an 30 sächsischen Schulen angeboten wird.

Gleichzeitig registrieren die Ministerien beziehungsweise Polizeibehörden aber auch eine Zunahme der Gewalt an Schulen. Besonders stark fällt sie in Mecklenburg-Vorpommern aus: Dort stieg die Zahl der gemeldeten Gewaltdelikte von 515 aus dem Vorparlament-Schuljahr auf zuletzt 1.262. Die Ministerien weisen allerdings darauf hin, dass die Zahlen nicht bedeuten, dass es heute tatsächlich zu mehr Gewalt an Schulen kommt. Der Anstieg könnte auch daran liegen, dass die Schulen mittlerweile stärker sensibilisiert für das Thema Gewalt seien und heute mehr Fälle zur Anzeige bringen.

Ein Indiz für diese Theorie liefert Brandenburg. Dort sind im vergangenen Jahr nach dem rechtsextremen Vorfall in Burg deutlich mehr rechtsextreme Fälle gemeldet worden. Ob Schulen Gewalt oder Mobbing melden, liegt oft in ihrem Ermessensspielraum.